

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Schmidt (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

### Abbau von Förderunterricht

Die **Kleine Anfrage 1217** vom 11. Februar 2008 hat folgenden Wortlaut:

Laut der Verwaltungsvorschrift (VV 943 B-Tgb 3097/05) vom 22. November 2006, veröffentlicht im Amtsblatt des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend Nr. 1/2007, in Kraft getreten am 1. Februar 2007, konnten alle Schulen mit mindestens vier Schülerinnen/Schülern mit besonderem Sprachförderbedarf zusätzliche Lehrerstunden beantragen (Grundlage ist der Statistikbogen).

Hiervon haben alle Schulen ausreichend Gebrauch gemacht.

Die zusätzlich beantragten Lehrerwochenstunden (erstmalig zum Schuljahr 2007/2008) müssen aus den so genannten POOL-Stunden, welche der jeweiligen Schulaufsicht zugeteilt werden, genommen werden. Hieraus wurden bisher immer Schulen im sozialen Brennpunkt oder mit vielen Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, besonders bedient. Die POOL-Stunden wurden aber bisher nicht erhöht, sodass jeder Schule nur sehr wenige Stunden zugeteilt werden können.

Daher frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Stunden für besonderen Sprachförderbedarf wurden von den Schulen für das Schuljahr 2007/2008 beantragt und wie viele wurden ihnen tatsächlich zugewiesen?
2. Reicht der geplante Förderunterricht insbesondere im Hinblick auf Kinder mit Migrationshintergrund ihrer Ansicht nach aus?
3. Plant die Landesregierung, die Schulkindergärten nach und nach zu schließen?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 3. März 2008 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Bereits seit 1986 können Schulen zusätzliche Zuweisungen für die besondere Sprachförderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund erhalten, wenn mindestens vier Schülerinnen und Schüler einen besonderen Sprachförderbedarf haben. Die Verwaltungsvorschrift „Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund“ vom 22. November 2006 (GAmtsbl. Nr. 1/2007) konkretisiert, dass die Sprachförderung grundsätzlich eine Aufgabe des Unterrichts in innerer oder äußerer Differenzierung ist; zusätzliche Zuweisungen sind für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Sprachförderbedarf vorgesehen. Sprachförderung soll also nicht nur im Rahmen von zusätzlichen Zuweisungen geschehen, sondern ist Aufgabe jedes Unterrichts. Der Rahmenplan „Deutsch als Zweitsprache“ (Dezember 2006) gibt sowohl für die innere als auch für die äußere Differenzierung zahlreiche Hinweise und Anregungen. Maßnahmen für die Sprachförderung waren schon immer eine der Zweckbestimmungen für zusätzliche Zuweisungsmöglichkeiten aus dem sog. Pool der Schulaufsicht aller Schularten. Die Förderressource für die Sprachförderung wurde nicht gekürzt.

Zu Frage 1:

Landesweit haben die Schulen 6 909 zusätzliche Lehrerwochenstunden für die Migrantenförderung beantragt. 5715 Lehrerwochenstunden konnten im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten und nach Prüfung der vorgelegten Förderkonzepte und Schülerzahlen zugewiesen werden. Das ist eine leichte Erhöhung zu den Vorjahren. Außerdem wurden mit einer Ressource von 712 Lehrerwochenstunden 44 zusätzliche Klassenbildungen in Grundschulen an Standorten mit mehr als 20 % Kindern mit unzureichenden deutschen Sprachkenntnissen auf einer Stufe ermöglicht.

b. w.

Zu Frage 2:

Wie in der Vorbemerkung dargestellt, geschieht Sprachförderung nicht nur in Form von zusätzlichen Förderstunden. Ergänzend kommen die Fördermöglichkeiten der Ganztagschulen hinzu sowie die Hausaufgabenbetreuung für die Erst- und Zweitklässler an Schulen mit hohem Migrantenanteil (240 Gruppen mit insgesamt 1 079 Kindern im Schuljahr 2007/2008). Diese Maßnahmen sind auch im Kontext mit der intensiven Sprachförderung im letzten Kindergartenjahr zu sehen.

Zu Frage 3:

Hierzu verweise ich auf die Antwort der Landesregierung vom 10. Dezember 2007 auf die Kleine Anfrage 1088 der Abgeordneten Bettina Dickes (Landtagsdrucksache 15/1751).

Doris Ahnen  
Staatsministerin